

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. Juli 1961

191/A.B.

zu 168/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Die Abgeordneten Dr. G r e d l e r und Genossen haben am 13. Dezember 1960 in einer parlamentarischen Interpellation gefragt, ob die Bundesregierung bereit sei, Massnahmen in Erwägung zu ziehen, um die durch die Preissteigerungen bewirkte Teuerung für alle öffentlichen Angestellten aufzufangen.

Bundeskanzler **Dr. G o r b a c h** führt in seiner Anfragebeantwortung aus:

Mit Beziehung auf die Anfrage beehre ich mich namens der Bundesregierung auf die 5. Gehaltsgesetz-Novelle, die 3. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle und die analogen Beschlüsse des Hauptausschusses des Nationalrates für die Bediensteten der Bundesbahnen hinzuweisen.

Durch die angeführten Gesetze bzw. Beschlüsse werden die mit 1. Juli 1961 und mit 1. Jänner 1962 eintretenden Bezugserhöhungen der Bundesbeamten und Vertragsbediensteten des Bundes geregelt.

-.-.-.-.-